

Leserbriefe

«10 Millionen:  
Ein Horror»

Zur eidgenössischen Abstimmung über die Begrenzungsinitiative

Die bewohnbare Fläche der Schweiz ist endlich. Auf einer definierten Fläche können nicht unendlich viele Menschen leben. Seit 2007 hat die Einwohnerzahl der Schweiz um eine Million zugenommen. Wirtschaftliches Wachstum findet in der Schweiz nur noch statt, weil eine Million Menschen auch mehr Güter verbrauchen. Wohlstandsgewinn gibt es für viele Menschen kaum noch. Wenn die Zuwanderung weiter so zunimmt, dann wird im Jahr 2030 oder kurz danach die «10-Millionen-Schweiz» Tatsache. Wollen wir das? Wirklich? 10 Millionen verkraftet unser Land nicht. Eine Million Menschen mehr bedeutet z. B.: 450'000 mehr Wohnungen, 25 zusätzliche Spitäler und 19'000 Spitalangestellte, 3600 zusätzliche Schulklassen und hierfür 6500 Lehrerinnen und Lehrer, 800 Schulhäuser und vieles mehr. Eine Million Zuwanderer verbrauchen jährlich 2 Milliarden Kilowattstunden Strom (woher kommt der?). Und haben Sie gewusst, dass jede in der Schweiz lebende Person durchschnittlich 160 Liter Frischwasser pro Tag nutzt? Eine Million mehr Einwohner benötigen jährlich also

58,4 Milliarden Liter mehr Wasser. Regen und Schneefall verzeichnen aber als Folge der Einwanderung keine Zunahme. Für mich muss die Personenfreizügigkeit losgelöst von wirtschaftlichen Weltuntergangsszenarien gelöst werden. Die Schweiz hat ein Recht, die Zuwanderung von Ausländerinnen und Ausländern eigenständig zu regeln. Stimmen Sie am 27. September Ja zur Begrenzungsinitiative.  
**Beatrix Jud, Glattbrugg**

«Endlich selber  
Spargeln stechen»

Zur eidgenössischen Abstimmung über die Begrenzungsinitiative

Zu viel ist zu viel. Die Ausländer sind das Problem! Also nicht nur, auch die Ausländerinnen natürlich. Wir wollen in der heutigen Zeit ja alle politisch korrekt bleiben, nicht wahr? Denn die bösen Zuwanderer wagen es, unsere Hemden zu bügeln, unseren Müll zu entsorgen und uns auch sonst überall zu dienen. Schrecklich unangenehm, diese Dienstleistungen an uns Schweizerinnen und Schweizer. Auch verstopfen die Nicht-Schweizer auf dem Weg zur Arbeit unsere Züge und Trams. Und natürlich betonieren diese Nutzniesser auch die ganze Stadt mit ihren

Sozialwohnungen und Strassen zu. Und ja, es sind genau die, und nur die, die auch unsere Wälder mit Spaziergängen überfüllen, Partys auf den letzten, grünen Flächen feiern und ihre Einweggrills und leeren Bierdosen grosszügig zurücklassen. Und dann müssen wieder ihresgleichen kommen und den Dreck wegräumen. Und dabei stören sie unsere Schweizer Ruhe mit ihren lauten Putzmaschinen. Es ist unsäglich.

Wie schön wäre es, wenn all diese Menschen einfach weg wären? Wenn wir uns endlich wieder sicher, auf den dann nicht mehr von Fremden benutzen Strassen und Plätzen, tummeln könnten? Wir hätten endlich wieder mehr Raum um die raren Betonwände selbst zu besprühen und sturzbesoffen Scheiben einzuschlagen. Endlich an einem 1. Mai sich die Autos und Schweizer Läden zum Anzünden nicht mehr mit fremdländischen Chaoten teilen müssen. Wie herrlich wäre das doch! Aber gottlob haben wir in der Schweiz eine Institution, welche – völlig uneigennützig – solches vehement zu regeln versucht. Eine Partei des Volkes, für das Volk, mit dem Volk, trotz des Volkes. Am 27. September können wir all das begrenzen, was unseren unerwünschten Wohlstand überhaupt möglich macht.

Endlich dürfen wir zu tiefen Löhnen wieder unsere eigenen Spargeln stechen, endlich keine überfüllten Trams mehr mit Menschen, die unsere Teller abwaschen oder die Böden schrubben. Endlich, endlich dürfen wir uns wieder selbst um unsere alten und kranken Schweizerinnen und Schweizer kümmern und ihre Exkremente selber entsorgen.  
Hach, was wird das schön!

**Roland Ruckstuhl, Eglisau**

«Hilfts nichts,  
so schadets nicht»

Zur Ausweitung der Maskenpflicht im Kanton Zürich

Endlich kann die Regierung wieder ruhig schlafen. Die Maskenpflicht wurde ausgeweitet, nicht etwas von der linken Ratsseite, sondern von einer SVP-Regierungsrätin. Natürlich ist es das Einfachste, dieselben Fehler zu machen wie alle Amtskollegen. Wer denselben Mist macht wie die anderen, dem ist in der Vergangenheit selten etwas passiert. Mein Vater hat schon gesagt: «Hilft das nicht, so schadet das nicht.» Genau nach dem Motto wird die Maskenpflicht ausgeweitet. Vermutlich angeregt durch Umfragen in der Bevölkerung, die ja angeblich eine Maskenpflicht befürwortet.

Komisch nur, dass ohne Vorgaben diese angebliche Mehrheit der Bevölkerung keine Masken trägt. Im Supermarkt sind mir nur vereinzelte Maskenträger begegnet, dafür wurde der Einkaufswagen undesinfiziert weitergereicht. Die Maskenpflicht ist wohl eher eine Alibiübung nach dem Prinzip Hoffnung, um zu zeigen, dass man die Anliegen der Bevölkerung ernst nimmt. In den Schulen sitzen die Schüler in der Freizeit und in den Pausen zusammen wie eh und je – wer will es ihnen verdenken. Aber in den Klassenzimmern gilt das Schutzkonzept. Der Amtsschimmel wiehert – darf er das überhaupt ohne Maske?

**Armin Stampa, Wil**

«Geld für aktuelle  
Notlage einsetzen»

Zur eidgenössischen Abstimmung über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge

In den Ausführungen des Nachrichtendienstes des Bundes (NDB) von 2019 wird eingangs festgehalten: «Die alte Ordnung wandelt sich unter dem Druck neuer politischer, wirtschaftlicher, militärischer, sozialer und kultureller Kräfte. Wo dieser Wandel hinführt, ist ungewiss.»

Wir stimmen am 27. September unter anderem über die Modernisierung der Luftpolizei ab. Der Souverän soll dafür, alles in allem, zwischen 18 und 24 Milliarden Franken für die Beschaffung neuer «Kampf»-Jets freigeben. Sind diese «punktuellen» Ausgaben wirklich gerechtfertigt? Wenn wir uns die Bedrohungslage gemäss NDB anschauen und zudem den sicherheitspolitischen Bericht des Bundesrates beachten, ein ganz klares «Nein». Ich fände es sinnvoller, Steuergelder für Prävention, Abwehr und Bewältigung der nachfolgenden Gefahren und Bedrohungen einzusetzen: Versorgungsstörungen, Katastrophen, Pandemien, Notlagen, Cyber-Kriminalität, Terrorismus und Gewaltextremismus, Verbesserung der Zivilschutzorganisationen, Fokussierung auf die bereits ergriffenen Massnahmen bei der Armee. Aus wirtschaftlicher Sicht zeigt die aktuelle Pandemie zudem klar und deutlich, welche finanziellen Mittel zur Bewältigung, hier und jetzt, notwendig sind. Alles hat seine Zeit, jetzt sollten wir Steuergeld für die aktuelle Notlage und Bedrohung einsetzen. Die vorgesehenen 18 bis 24 Milliarden für die Modernisierung der Luftpolizei stehen hier wirklich quer im politischen Raum.  
**Eberhard Walther, Boppelsen**

ANZEIGE

# Chees, Chääs, Cheis oder Chaas?

Fördern wir regionale Vielfalt.

Aus der Region. Für die Region.  
**MIGROS**

Mit über 9000 Produkten «Aus der Region. Für die Region.» hat die Migros das grösste Regionalsortiment der Schweiz. Mit Ihrem Einkauf fördern Sie Bauern und Kleinbetriebe in Ihrer Region und unterstützen damit auch eine vielfältige Schweiz. [ausderregion.ch](http://ausderregion.ch)

**MIGROS**